Das Olmert-Angebot vom September 2008

Neben den Camp-David-Verhandlungen im Juli 2000, den darauf folgenden Clinton-Parametern im Dezember desselben Jahres und den Verhandlungen im ägyptischen Taba schlug die PLO-Führung im Jahr 2008 eine weitere Möglichkeit aus, den Staat zu gründen, um den sie angeblich so bemüht ist.

Die Personen hatten gewechselt. Statt Ehud Barack und Jassir Arafat, wie in den Jahren 2000/2001, hießen die wichtigsten Akteure jetzt Ehud Olmert, der im April 2006 das Amt des israelischen Premierministers von dem infolge eines Schlaganfalls ins Koma gefallenen Ariel Sharon übernommen hatte, und Mahmud Abbas, der seit dem Tod Jassir Arafats das Amt des PLO-Vorsitzenden innehatte.

Trotz anderer handelnder Akteure blieb das Muster gleich: Nach Dutzenden Gesprächsrunden unterbreitete Israels Premier Olmert dem PLO-Chef am 16. September 2008 ein umfangreiches Kompromissangebot, um den jahrzehntelangen Konflikt zu einem Ende zu bringen. Das Angebot Olmert umfasste:

- einen israelischen Rückzug aus rund 94 Prozent des Westjordanlandes (aus dem Gazastreifen war Israel schon 2005 vollständig abgezogen) sowie einen kompensatorischen Gebietsaustausch für die Landstücke, die an Israel angegliedert werden sollten. Ein Palästinenserstaat hätte somit auf 99,5 Prozent der umstrittenen Gebiete entstehen können, die seit dem Sechstagekrieg unter israelischer Kontrolle waren und von den Palästinensern beansprucht werden.
- einen Abzug israelischer Truppen aus dem Jordantal und einen Korridortunnel zwischen der Westbank und dem Gazastreifen.
- palästinensische Souveränität über die arabischen Wohnbezirke Ostjerusalems
- gemeinsame Administration der Altstadt sowie anderer sensibler Teile Jerusalem durch ein internationales Sonderkomitee, bestehend aus Saudi Arabien, Jordanien, den USA, Israel und dem zukünftigen Palästinenserstaat
- begrenzten Zuzug palästinensischer „Flüchtlinge“ nach Israel

Das Angebot ging, wie Shlomo Avineri kürzlich in Erinnerung rief, noch deutlich über die Vorschläge Baraks in den Jahren 2000/2001 hinaus: „Olmert war bereit, weiter zu gehen als jeder andere israelische Regierungschef vor ihm, um den

palästinensischen Forderungen entgegenzukommen, einschließlich der Fragen bezüglich Jerusalems, des Jordantals und eines möglichen Gebietsaustausches. … Dies unterstrich seine Überzeugung, dass Israel schmerzhafte Kompromisse eingehen müsse."

Israels Bereitschaft zu „schmerzhaften Kompromissen" wurde auf palästinensischer Seite, wie schon in den Jahren 2000/2001, mit Verweigerung begegnet. Zugegeben, Abbas verschloss sich einer Friedenslösung nicht mit einem einfachen Nein, wie sein Vorgänger Arafat dies mehrfach getan hatte. Er zog es vielmehr vor, sich einer Antwort zu entziehen, indem er sich fortan konsequent weigerte, mit Olmert überhaupt noch einmal zusammenzutreffen.

Der damalige israelische Premier beschrieb später, was passierte, nachdem er bei einem Treffen Abbas seine Vorschläge unterbreitet hatte: „‚At the end of the meeting' Olmert recalled this week, ‚we called Saeb Erekat [chief negotiator for PLO] and Shalom [Shalom Turjeman, Olmert's diplomatic adviser]. We asked them to meet the following day, Wednesday, together with map experts, in order to arrive at a final formula for the border between Palestine and Israel.' But that Wednesday, Erekat called Turjeman and said they could not meet to finalize the peace deal because they ‚had forgotten that Abbas had to go to Amman!' Erekat said they would meet the following week. ‚I've been waiting ever since,' Olmert said with a smile."

Obwohl Olmert nach dem 16. September 2008, an dem er Abbas die Gründung eines palästinensischen Staates anbot, noch rund ein halbes Jahr im Amt blieb, erhielt er nie eine Antwort. Abbas weigerte sich nicht nur, je wieder mit Olmert zusammenzutreffen, sondern war die nächsten fünf Jahre lang auch zu keinem Gipfeltreffen mit dessen Nachfolger Netanjahu bereit.

Abbas' (Nicht-)Reaktion auf Olmerts Kompromissvorschläge wirft ein besonders bezeichnendes Licht auf das angeblich von der PLO angestrebte Ziel: Das Angebot zur Gründung eines palästinensischen Staates im Gazastreifen und dem Westjordanland mit Ostjerusalem als Hauptstadt quittierte er damit, die Verhandlungen mit Israel auf Eis zu legen und stattdessen mehrere diplomatische Initiativen zu starten, um auf dem Umweg über das internationale Parkett genau das zu erreichen, was in Verhandlungen mit Israel angeblich nicht zu erreichen sei – einen palästinensischen Staat im Gazastreifen und dem Westjordanland mit Ostjerusalem als Hauptstadt.

Dieses absurde Verhalten lässt nur einen Schluss zu: So wie Arafat 2000/2001 keinen palästinensischen Staat ins Leben rufen wollte, wenn der Preis dafür ein Ende des Krieges gegen Israel gewesen wäre, so ist Abbas nur an der Gründung eines palästinensischen Staates interessiert, wenn er dazu keine „schmerzhafte Kompromisse" machen muss – deswegen weigert er sich bis heute, Israel als jüdischen Staat anzuerkennen, vom Phantasma eines

„Rückkehrrechtes“ für alle palästinensischen „Flüchtlinge“ abzugehen und den Konflikt endlich ad acta zu legen.